

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 43 (1963-1964)
Heft: 1

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

NEUE KONSTELLATION IM MITTLEREN OSTEN

Die Frage, ob der Sturz General Kassems von Anfang Februar zu einem veränderten Kräfteverhältnis im Mittleren Osten führen werde, hat bereits eine erste Antwort gefunden: Anfang März folgte in Damaskus, der Hauptstadt Syriens, eine Revolution, hinter der verwandte Kräfte, ja zum Teil dieselbe Partei standen. Wie in Bagdad irakische Baathisten zusammen mit Offizieren das Regime Kassems stürzten, so bewirkten in Damaskus Armeeteile, zusammen mit Mitgliedern des syrischen Baath, den Zusammenbruch der Regierung el-Azm. Die Partei, die sich dem *panarabischen Sozialismus* verschrieben hat, ist aus der Versenkung aufgetaucht. Ihre Ideologie wirkt als Ferment wie Nassers Sozialismus, der sich panarabisch gebärdet, aber die Führerrolle Ägyptens und dessen Präsidenten über den Mittleren Osten beansprucht.

Der Kurs der Baathisten

Die Baathpartei war nach dem Kriege in Syrien entstanden, und zwar aus dem Zusammenschluß doktrinärer Sozialisten und panarabisch gesinnter Nationalisten. Sie ist eine der wenigen arabischen Parteien, die über ein klares Programm verfügen und die auch dem Kommunismus gegenüber eindeutig Stellung bezogen haben. *Michel Aflak*, ihr Chefideologe, hatte schon zur Zeit des Zweiten Weltkrieges mit der Kommunistischen Partei gebrochen. Seine Partei wirkte aktiv an der Bildung der Vereinigten Arabischen Republik (VAR) mit, die sich dann in ein Instrument des Hegemoniestrebens Nassers verwandelte. Während *Akram Haurani*, der als syrischer Baathist Vizepräsident der VAR war, völlig mit dem ägyptischen Diktator brach und sich gegen ihn stellte, hielten sich Aflak und *Salah Bitar*, heute Chef der provisorischen syrischen Regierung, zurück.

Trotz der Mißstände unter der Herrschaft Nassers und seines gefürchteten Statthalters Sarraj blieb die Union mit Kairo in vielen Kreisen der Bevölkerung populär.

Panarabische Argumente und Gefühle waren auch beim Umsturz in Bagdad im Spiele: Kassem hatte sein Regime gegen die panarabischen Strömungen, vor allem gegen Kairo abgeschirmt, mußte sich deshalb aber auf nationalistische wie kommunistische Kräfte stützen, was ihn in immer größere Abhängigkeit brachte. Nun sind mit Baath jene Kräfte führend am Werke, die auf Verbindungen mit der gesamten arabischen Welt drängen. Allerdings sind weder die Baathisten in Bagdad, die über gute Kader verfügen, denen aber eine Massengefolgschaft fehlt, noch die Baathisten in Damaskus, die innerlich gespalten sind, in der Lage, allein eine aktive Politik zu führen und ihre Ideologie in die Tat umzusetzen. Sie sind gezwungen, mit bürgerlichen Verbündeten Kompromisse einzugehen.

Konkurrenz für Nasser

Werden Irak und Syrien in der arabischen Politik als geschlossener baathistischer Machtblock auftreten? Zwischen beiden Revolutionen besuchte Aflak die neuen Führer in Bagdad. Er wollte die irakische Revolution für den «internationalen Baath» in Anspruch nehmen; Irak stelle eine Machtbasis dieses «internationalen Baath» dar. Nun hat in Syrien die Revolution stattgefunden; aber der Zusammenschluß steht noch aus. Auch zu einer großen Vereinigung mit Ägypten ist es noch nicht gekommen. *Föderationsgespräche*, die syrische und irakische Delegationen Mitte März in Kairo führten, mußten vorläufig vertagt werden. Nasser versuchte unter dem Druck der Straße — Demonstranten wurden nach Damaskus eingeschleust —

den Wiederanschluß an Ägypten zu erzwingen. Die Gefahr eines Putsches der Nasser-Anhänger besteht weiter. Die Delegierten aus Damaskus verschafften sich Rückendeckung, indem sie sich an die irakischen Delegierten hielten. Diese wiederum gaben sich als die Protektoren Syriens; sie wissen, wie sehr Ägypten heute in Jemen engagiert ist. Selbst wenn eine lose Dreier-Föderation gegründet werden sollte — als Vorstufe eines erträumten arabischen Reichs vom Persischen Golf bis zum Atlantik — ist damit die Rivalität zwischen Kairo und den beiden Baath-Zentren nicht aus der Welt geschafft. Für Nasser hat sich die Situation grundlegend verändert, weil heute in Bagdad und Damaskus Regierungen am Ruder sind, die eine aktive panarabische Politik betreiben und die dafür ihre Machtmittel wie ihren ideologischen Scharfsinn einsetzen werden. Nassers Führungsanspruch wird nun auch von seiten jener Sozialrevolutionäre bestritten, als deren einziger mittelöstlicher Exponent sich der ägyptische Diktator bisher aufgespielt hatte.

Geschwächte Stützpunkte Moskaus

Die Veränderung im Nahen Osten läßt sich am neuen Verhältnis zum kommunistischen Lager ermessen. Auf den irakischen Umsturz folgte die Jagd nach Kommunisten in den Straßen der Hauptstadt; sie wurden freilich nicht als Kommunisten, sondern als Helferhelfer Kassems und als Verantwortliche für die Massaker in Kirkuk und für andere Untaten verfolgt. Auch Aflak ist — gerade als Exkommunist — ein überzeugter Gegner des Kommunismus. Zudem wird das Argument ins Treffen geführt, Moskau habe in den vergangenen Jahren gegen die Einheit der Araber intrigiert; ein Exempel dafür sei der Irak, wo sich Kassem unter kommunistischem Einfluß gegen die Panarabisten gestellt und das Land so isoliert habe. In Damaskus hatte die frühere bürgerliche Regierung mit den Kommunisten paktiert. Am Euphrat wie am Nil, aber auch in Algerien werden die Kommunisten innenpolitisch verfolgt; sie haben sich durch ihre Einmi-

schung diskreditiert. Außenpolitisch freilich bemühen sich die Regierungen um ein gutes Verhältnis, ja eine substantielle Hilfe des Ostblocks.

Die Umstürze in Bagdad und Damaskus geben dem *Westen* eine neue Chance für gute Beziehungen. Es wird sich auch zeigen, wie weit Washington bereit ist, den Kurs seiner Mittelostpolitik, die so stark auf Nasser ausgerichtet war, zu korrigieren.

Der Krieg um Jemen

Ein Beispiel für die Fixierung der amerikanischen Mittelostpolitik auf Nasser war die rasche Anerkennung des republikanischen Jemen, durch die der Iman außenpolitisch weitgehend kaltgestellt wurde. Die diplomatische Anerkennung Sallals ging mit der Duldung der massiven ägyptischen Intervention einher. Freilich hat Washington garantiert, Saudiarabien gegen einen Überfall der Ägypter zu schützen. Aber Washington könnte jederzeit die massive Hilfe an die jemenitischen Revolutionäre zum Erliegen bringen, indem es seinerseits durch die Einstellung der eigenen Hilfe an Ägypten einen Druck auf Nasser ausüben würde. Die Ebenen Jemens samt den Städten sind zwar in den Händen der Aufständischen und des ägyptischen Expeditionskorps, in den Bergen aber halten sich die kriegerischen Stämme mit saudiarabischer Unterstützung gegen einen Feind, dem sie an kämpferischer Haltung überlegen sind. Ein Ende des jemenitischen Krieges und von Nassers Abenteuer ist nicht abzusehen.

Wer einzig Oberst Sallal und seinem großen Gönner in Kairo Chancen gibt, Saudiarabien und Jordanien samt dem royalistischen Jemen aber die Möglichkeit jeglicher Reform verweigert und so doktrinär mit dem Gegensatz von Fortschritt und Reaktion operiert, wird freilich nur auf die eine Karte setzen. Der Mittelostkorrespondent der «NZZ», *Arnold Hottinger*, hat an den Schluß seiner aufschlußreichen Reiseberichte aus dem royalistischen Jemen folgende Überlegung gesetzt: «In Wirklichkeit wird nicht darum gekämpft, ob der Jemen

sich erneuern soll oder nicht, sondern darum, wer diese Erneuerung führen und leiten soll. Der Kampf der jemenitischen Krummdolche gegen die ägyptischen Maschinengewehre wird darüber entscheiden, ob es Jemeniten sein werden, die, von den ererbten Einrichtungen des Landes ausgehend, das Bergland einer ihm angemessenen Zukunft entgegenführen, oder ob ausländisch geschulte Doktrinäre mit Hilfe fremder Bajonette die Stämme zu einer Art Fortschritt treiben werden, der sie Kräften und Entwicklungen ausliefert, die notgedrungen entweder im Chaos oder im despotischsten aller orientalischen Polizeistaaten enden müssen» (NZZ, 27. 2. 63, Nr. 768).

Der Vatikan und der Kreml

Die Privataudienz, die *Papst Johannes XXIII.* dem Schwiegersohn Chruschtschews und Chefredaktor der «Iswestija», *Adschubei*, gewährte, ist eine wichtige Etappe auf dem Wege zu einem *Modus vivendi* zwischen Vatikan und Kreml. Zum ersten Mal in der Geschichte ist damit ein hoher kommunistischer Funktionär im Vatikan empfangen worden. Andere Symptome für die Fühlungnahme sind die Entsendung zweier Beobachter der Russisch-Orthodoxen Kirche an das Konzil, die Freilassung des Metropoliten der Unierten Kirche der Ukraine nach fünfzehnjähriger Verbannung in Sibirien und die Mission Kardinal Königs, der in Budapest zwischen Regime und Kirche vermitteln und Kardinal Mindszenty zur Ausreise nach Rom aus seinem Asyl in der amerikanischen Gesandtschaft ermuntern soll. Ein Besuch Chruschtschews im Vatikan im Rahmen einer Italienreise des Diktators rückt bereits in den Bereich der Möglichkeiten; Aussichten auf diplomatische Beziehungen zwischen Kurie und Kreml werden eröffnet. Mit all dem will Rom das Leben der «Kirche des Schweigens» erträglicher machen.

Die neue Politik des Vatikans, die von Linkskritikern mit Triumph in eine Art päpstlicher «Apertura a sinistra» umgedeutet wird, hat bereits Auswirkungen auf den

italienischen Wahlkampf. Der Linkssozialist Nenni rühmte die Weitsicht des Oberhaupts der Kirche. Die Partei Togliattis versucht den Eindruck zu erwecken, als ob nach der Audienz Adschubeis für den Katholiken praktisch jede politische Betätigung erlaubt sei. Das italienische Episkopat hat indessen in einer Erklärung die Gläubigen ermahnt, ihre Stimme wieder der Democrazia Cristiana zu geben. Obwohl die Kirche das Abenteuer der «Apertura a sinistra» duldet, wird so die geistliche Autorität im Wahlkampf eingesetzt.

Im katholischen «Rheinischen Merkur» hat *Otto B. Roegele* besorgt die politischen Gefahren der Schritte Johannes' XXIII., vor allem das Risiko einer Aufweichung im Westen erwogen: «Wohin immer der „neue Kurs“ führen, wie immer er schließlich beendet werden mag — mit Politik hat er, wenigstens in den Motiven, offensichtlich nichts zu tun. Das schließt nicht aus, daß er die bedeutendsten politischen Wirkungen hervorbringt, auch solche höchst unerwünschter Art» (Nr. 11, 15. 3., S. 3). Was um der Seelsorge willen an Entgegenkommen geleistet werde, könnte die Wachsamkeit gegenüber dem Kommunismus schwächen.

Warnung Achesons

Dean Acheson, der Staatssekretär unter Truman, hat für die amerikanische Außenpolitik ein Bild gebraucht, das an diese Kritik anklingt. Er sprach in einer Rede in der Berkeley-Universität von Washingtons *Flirt mit Moskau*, der seit dem katastrophalen Treffen von Camp David vor allem die Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland belastet habe (vgl. NZZ, 14. 3., Nr. 997). Acheson unterzog daneben erneut die Europapolitik de Gaulles einer schonungslosen Analyse — eine Stimme mehr, die in diesen Wochen einer oft wirren Polemik um die strategische und die wirtschaftliche Integration der westlichen Welt Klarheit zu schaffen sucht.

Picus

BRIEF AUS PARIS

Der Hummerkrieg

Die Pariser öffentliche Meinung, welche die Ankündigung einer Kriegsgefahr, des sogenannten Hummerkrieges, lächelnd aufnahm, hat Mühe, sich vorzustellen, daß so harmlose Schalentiere zu einem ernstlichen Konflikt zwischen Frankreich und Brasilien, zwei bisher befreundeten Ländern, Anlaß geben können. Es ist nicht allgemein bekannt, daß der Grund im Fehlen internationaler Abkommen zu suchen ist, welche die Fischereirechte in jenen Meeresgebieten regeln. Es gibt wohl eine in Genf abgeschlossene Übereinkunft aus dem Jahre 1958, doch wurde sie noch nicht ratifiziert. Dazu kommt noch ein politischer Aspekt, der die Hummerfischer der ziemlich rückständigen Nordostprovinz Brasiliens, wo im Augenblick — angeblich von Fidel Castros Agenten mehr oder weniger angezettelt — Bauernunruhen schwelen. Die Regierung von Brasilia macht sich mit Recht Sorgen über diese gefährliche Wendung, die andere Teile des Landes erfassen könnte. Um so mehr mißbilligte sie die Geste der französischen Regierung, Kriegsschiffe in die Gewässer zu entsenden, wo sich auf 250 km Küstenferne, somit außerhalb der Fischereizone, französische und brasilianische Hummerfischer gegenüberstehen, letztere von Luft- und Marineeinheiten beschützt.

Präsident Goulart, der nächsten Herbst General de Gaulles Gast in Paris sein soll, verwendet sich dafür, die Zornesausbrüche der Presse von Rio zu besänftigen. Eine Lokalzeitung widmete diesem einen Thema 30 Spalten. Dennoch bestreitet seine Regierung nach wie vor den bretonischen Hummerfischern das Fangrecht, obwohl diese auf hoher See arbeiten. Eine baldige friedliche Lösung dieser Handelsauseinandersetzung wäre wünschenswert; ebenso der beidseitige Verzicht darauf, ein Problem mit Gewalt regeln zu wollen, das, nach allgemeiner Ansicht, einen solchen Aufwand von Kanonen nicht verdient. Fügen wir noch bei, daß viele Franzosen der Meinung sind, daß bei allen

rechtlichen Argumenten, die vorgebracht werden, die Ehre eines Landes nicht vom Schimpf beeinträchtigt wird, den seine Hummerfischer vor den Küsten des Südatlantiks erfahren. Als angekündigt wurde, daß die vor der brasilianischen Küste liegenden Fangschiffe und Kriegseinheiten Befehl zur Rückkehr in die Bretagne erhalten hätten, teilte das Sekretariat der Handelsmarine gleichzeitig mit, die vorübergehend abgebrochenen diplomatischen Verhandlungen würden später wieder aufgenommen. Die bretonischen Fischer, deren Hoffnung auf eine baldige Regelung schwindet, ermessen heute mit Bitterkeit die Verluste, die sie und die Reeder seit zwei Monaten erlitten haben. Einer der hauptsächlich Betroffenen erklärte: Wozu Kriegsschiffe nach Brasilien schicken, um uns am Ende fallen zu lassen?

Die Prozesse

Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß Frankreichs echte politische Debatten sich neuerdings in den Gerichtssälen abspielen. Auf die bescheidene Rolle einer Registrierungskammer beschränkt, übt das Parlament keinerlei Kontrollmacht mehr aus. Doch, wie es vorkommt, das Organ überlebte seine Aufgabe. Es wäre verwunderlich, wenn der Staatschef, der mit dem Abbau der «Bremser», die in einer Demokratie die republikanischen Einrichtungen nun einmal bilden, begonnen hat, jetzt ihre Wiederherstellung betriebe. Ein «Lenker und Führer der Nation», wie er sich selbst bezeichnet, hat er in dem vor dreißig Jahren erschienenen prophetischen Werk «Le Fil de l'Epée» ohne Umschweife erklärt, daß für diesen «Führer» das Wesentliche darin bestehe, je nach der Gunst der Wogen der Geschichte, sein persönliches Abenteuer zu bestehen. Dem gleichen Gedanken getreu, fällte er in seinen «Kriegserinnerungen» über das Hitler-Abenteuer ein so nüanciertes und persönliches Urteil, daß es zu denken gibt. Er schreibt: «Der Selbstmord, nicht der Verrat

setzte dem Abenteuer Hitlers ein Ende. Verkörpert hatte er es selbst und selbst beendete er es... Hitlers Unternehmen war übermenschlich und unmenschlich. Ohne Rast hielt er es durch. Bis zur letzten Sterbestunde im Berliner Bunker blieb er unwidersprochen, unbeugsam, unnachsichtig, wie er es in den Tagen des Glanzes gewesen war. Zur düstern Größe seines Kampfes und Andenkens hatte er beschlossen, niemals zu zaudern, sich abzufinden, zu diskutieren. Der Titan, der die Welt aufzuheben sich bemüht, kann nicht wanken noch sich erweichen» (Memoires de guerre, 3. Bd., S. 173 ff.).

Von einem Komplott zum andern beschränkt sich das französische politische Leben zur Hauptsache auf die Mordversuche gegen General de Gaulle und auf die Sitzungen der Militärgerichte. Wie die vorausgegangenen Gerichte bot auch der militärische Gerichtshof Anlaß, die unterdrückte Wahrheit zu äußern. Ist es nicht bezeichnend, daß ein bekannter Leitartikler, Leiter des weit verbreiteten Pariser Wochenblattes *L'Express*, seinen Artikel «Muß de Gaulle umgebracht werden?» überschrieben hat? Mag er die verblüffende Frage auch verneint haben, ist die bei dieser Gelegenheit vorgebrachte Kritik am gaullistischen Regime doch eine unerbittliche Anklagerede, welche die üblichen Beschwerden der Opposition ans Licht bringt. Es ist bekannt, daß die Regierung sich über einen Spruch des Staatsrates hinwegsetzte, der die Schaffung eines neuen Militärgerichtes kritisierte, eines Sondergerichts, das bereits zweimal nur mit Hilfe von ihm eigens angepaßten Gesetzen funktioniert hat. Der Vorsteher der Advokatenschaft, Charpentier, eine unwidersprochene Autorität auf diesem Gebiet, erklärte, schwerwiegender noch als die Schaffung einer solchen Rechtsprechung sei die Tatsache, daß sie einen ausgesprochenen Übergriff der Exekutive in das Rechtswesen bezeuge. Wie groß auch immer die Redlichkeit der bestellten Richter ist, ihre Unparteilichkeit gilt nur in dem Maße, als sie frei sind.

Dem Willen der Regierung unterstellt, erfüllen die Gerichte ihre Aufgabe nicht mehr, zimmern sie sich doch Prozeßordnungen nach Wunsch, schaffen Sondergerichte,

schließen von Amts wegen Rechtsanwälte aus, unterdrücken schließlich das unveräußerliche Recht auf Berufung, das im französischen Recht überliefert ist. Der politische Mord ist zweifellos eine Ungeheuerlichkeit, die, abgesehen von einigen Fanatikern, niemand verteidigen wird. Doch zeugt er auch von einer Begriffsverwirrung. In der Tat drängt sich die Feststellung auf, daß, wenn das politische Leben Frankreichs sich jetzt auf ein Komplott nach dem andern beschränkt, die Verantwortung dafür teilweise dem Regime selbst und den Willkürhandlungen der Regierung zufällt. Täuschen wir uns nicht: sie sind es, die heute die Entgleisung jener hartnäckigen und mutigen Männer erklären, von denen mehrere, ruhmreiche französische Offiziere, unbestreitbar der Elite der Nation angehören. Das trifft, so scheint es, auf den oft erwähnten Obersten Argoud zu, der in München in einer Weise entführt wurde, die, milde ausgedrückt, ehrenrührig ist für jene, die sich dazu hergaben. Wie man auch immer die so zweifelhafte politische Tätigkeit Argouds bewerten will: viele empfinden doch Widerwillen beim Gedanken an diesen Menschenraub, der auf fremdem Boden drei anonyme Hässcher mit dem jüngsten Oberst der französischen Armee konfrontierte.

Es ist übrigens bezeichnend, daß am Abend des Verdicts von Vincennes, das die drei Verschwörer von Petit-Clamart zum Tod verurteilte, die BBC ein Fernsehinterview mit Georges Bidault ausstrahlte, welches wenige Tage zuvor in London aufgenommen worden sein soll. Dieser Wellenkrieg ist vielleicht nicht mehr als ein Journalistenstreich, dem man zu Unrecht irgendwelche Repressalienabsicht unterschöbe. Tatsache bleibt jedoch, daß die englischen Behörden keinen besonderen Grund gesehen haben, auf Verstimmungen französischerseits Rücksicht zu nehmen.

Nach London folgt München. Bidault hat sich dort unter den Schutz der Bundespolizei gestellt. Das erfuhr man zu gleicher Zeit wie die Vollstreckung des Todesurteils an Oberstleutnant Bastien-Thiry, dem Anführer der Attentatsgruppe gegen de Gaulle. Darüber bewegt, fragte sich die öffentliche

Meinung, ob von vergossenem Blut eine bänftigende Wirkung ausgehen kann. Sie hatte im ganzen Milde gewünscht, die im gegebenen Fall kein Schwächezeichen gewesen wäre, sondern eine Verstärkung des moralischen Ansehens des Regimes.

Die Zeit der Schwierigkeiten

Nicht nur innere Schwierigkeiten suchen augenblicklich die Regierung heim. Außenpolitisch hat de Gaulles Veto gegen Englands Beitritt zur EWG die fünf Partner Frankreichs um so mehr erzürnt, als die angewandte Methode (eine Pressekonferenz) sowie der hochmütige Ton des Staatschefs ihnen unangebracht erschienen. Es ist anzunehmen, daß so einschneidende Veränderungen des internationalen Lebens Folgen für die französische Politik haben werden. Diese muß vor allem zwei neue Tatsachen berücksichtigen: 1. die Amerikaner könnten sich vielleicht von Europa abwenden wollen, 2. die Russen setzen die Entstalinisierung und Umformung ihres Regimes fort. General de Gaulles Politik kann dem folgenden Dilemma in den kommenden Monaten nicht entgehen: mit Amerika wiederanknüpfen und die Forderungen des atlantischen Bündnisses annehmen, oder aber sich für eine Annäherung an die Sowjets entscheiden, mit welchen Folgen auch immer.

Was werden angesichts dieser manchäischen Auseinandersetzung die Parteien tun? Die Spezialisten, die zu Wahlzwecken die Verbindung mit den Kommunisten billigen, werden sich von ihnen trennen, sobald es um das Problem Europas oder des atlantischen Bündnisses geht. Diese politische De-markationslinie wird solange eingehalten werden, als Guy Mollet die sozialistische Partei führt. Vor der Nationalkonferenz der sozialistischen Bürgermeister in Puteaux bestätigte er die radikale Opposition seiner Partei zur augenblicklichen Regierungspolitik. Seinen Worten kommt um so mehr Gewicht zu, als er, was nicht vergessen sei, im Mai 1958 eine der aktivsten Stützen des neuen Regimes war. Auf die französische Stellungnahme in Brüssel bei den Verhand-

lungen der EWG anspielend, führte er zur Untermauerung seiner Darstellung aus: «Wir sind gegen die angewandte Methode. Wenn man Großbritanniens Beitritt zu Europa nicht wollte, hätte man es gleich sagen und nicht in Frankreich eine unerwünschte nationalistische Strömung wecken sollen. Ich fürchte sehr, es hat gewissen Franzosen nicht mißfallen, der übrigen Welt Cambronne Kraftwort ins Gesicht zu werfen. Da liegt etwas vor, das einer vulgären Ruhmsucht entgegenkommt.»

Der gleiche enge Chauvinismus, den Guy Mollet mit Recht anprangert, verbreitet sich seit dem Bruch von Brüssel in den offiziellen Kreisen. Das zeigte sich wieder beim Problem der Investierungen ausländischen Kapitals in Frankreich. Ein offizielles Organ zögerte nicht, zu äußern: wenn de Gaulle Algeriens Entkolonialisierung zum guten Ende gebracht habe, so dürfe er nun nicht eine Kolonialisierung Frankreichs zulassen. Halten wir uns nicht an die unangebrachten Ausdrücke des Vergleichs, sondern an die Feststellung, daß bedeutende amerikanische Kapitalien in französischen Großunternehmen (so Chrysler bei Simca) investiert wurden, so daß diese unter amerikanische Kontrolle gerieten.

Die Opposition, die dazu auch ein Wort zu sagen hätte, ist entwaffnet, denn ein Großteil der öffentlichen Meinung wünscht, wie die letzten Wahlen bewiesen, daß «es weitergehe». Daß was weitergehe? Die Expansion, erwidern geschlossen die Abgeordneten der gaullistischen Einheitspartei UNR. Ihre These ist die folgende: dauert die Expansion an, so sind alle Reformen, die die Linke durchführen möchte, möglich. Die Fülle schafft das günstigste Klima zur Strukturwandlung.

In Wahrheit begann die Produktionssteigerung im Jahre 1954. Pinays Sanierungsplan von 1958 sowie die verhältnismäßige Austerity von 1959—1960 verhinderten das heute bedrohliche Ansteigen der Preise. Bei fallender oder stagnierender Börse ist es zweifelhaft, ob die günstige Situation von gestern noch lange erhalten bleibt. Das Budget wurde ferner auf der waghalsigen Annahme einer unentwegt wachsenden Prospe-

rität erstellt. Der französische Staat befindet sich im Augenblick der Abfassung dieses Berichts im Konflikt mit einem Teil seiner Arbeiter, die durch eine neue Preissteigerung beunruhigt sind. Sie scheinen um so entschlossener an ihren Forderungen festzuhalten, als einige der zuständigsten und angesehensten Stimmen unvorsichtigerweise die «reichgefüllte Staatskasse und das fortschreitende Anwachsen des Nationaleinkommens» gepiresen haben. Um sich bei Wahlen und Referendum den Sieg zu sichern, war die Regierung mit Gehaltserhöhungen und sozialen Vergünstigungen großzügig. Damit rief sie bei den weniger begünstigten Gruppen Forderungen hervor, die sie heute zu befriedigen genötigt ist.

Wohin führt das? Seit drei Monaten ist die Handelsbilanz negativ. Die Preise steigen, zum Teil zweifellos wegen des strengen Winters, der bei gewissen Artikeln ihr weiteres Hochklettern wahrscheinlich macht, bei andern ein «Einpendeln» erschwert. Premierminister Pompidou, der sich in diesem Punkt durch energisches Vorgehen Verdienste erwarb, läuft Gefahr, nur noch zwischen einem Streik der Staatsangestellten und unvermeidlichen Konzessionen wählen zu können, die ihre Wirkung auf längst bekannte Weise auf die ganze Volkswirtschaft ausdehnen. Im Ministerrat befahl der Präsident der Republik mit einem Faustschlag auf den Tisch, «die Teuerung zu brechen». Man sprach wieder von diktirten Preissenkungen, Höchstpreisen, sofortigen Importen, um die Lebensmittelpreise unter Druck zu setzen. Die angekündigten Maßnahmen, verbunden mit Kontrollandrohungen, haben begreiflicherweise in bäuerlichen Kreisen keine Begeisterung ausgelöst.

Wie dem auch sei, die heutigen Schwierigkeiten scheinen ein bisher völlig selbstsicheres Regime überrascht zu haben. Die Zwangsverpflichtung der Bergarbeiter, heute im Norden und in Lothringen, morgen in den Cevennen, der Auvergne und der Provence, rief lebhafte Proteste bei den Sozialisten und Kommunisten, ja sogar bei den Volksrepublikanern (MRP) hervor, was den streikenden Bergleuten zahlreiche Solidaritätskundgebungen eintrug. Während im

Pariser Quartier latin mehr als zweitausend Studenten und Professoren mit dem Ruf «Gewerkschaftsfreiheit» gegen die Zwangsverpflichtung demonstrierten, wurden Aufrufe zur Arbeitsniederlegung aus Solidarität mit den Bergarbeitern in ganz Frankreich weitgehend befolgt. In Lille beteiligten sich in der metallverarbeitenden Industrie und den städtischen Verkehrsbetrieben auch die Vorgesetzten. Die Priester im Revier von Montceau-les-Mines im Burgund veröffentlichten «in vollem Einverständnis mit ihrem Bischof» ein Kommuniqué, das ihre Ansichten zu den sozialen und menschlichen Aspekten der Forderungen der Bergleute präzisiert, deren «Befürchtungen und Hoffnungen» sie zu teilen erklärten. Das bedeutet für die Regierung eine gefährliche Kraftprobe, an deren Ausgang ein Popularitätsschwund und in den kommenden Monaten vielleicht auch eine Veränderung ihres politischen Spiels stehen kann.

Nirgendwo anders müssen die Gründe gesucht werden, weshalb sie der «Intendanz», wie der nun anerkannte Ausdruck lautet, besondere Aufmerksamkeit schenkt. Das allgemeine Wohl, ebenso wie dasjenige des Regimes, verlangt es. Wie wir sahen, kann sich letzteres ungefähr alles erlauben, ausgenommen eine schwere wirtschaftliche Panne, der dem Lebensstandard, an den das Land gewöhnt ist und der es vor allem interessiert, Abbruch tut. Hier liegt eine Konstante der französischen Innenpolitik, die den sozialen Frieden bedingt. Es wäre unvorsichtig, sie zu vernachlässigen.

Das französisch-amerikanische Zerwürfnis

Seit dem jähnen Abbruch der Verhandlungen der Sechs in Brüssel hat sich das Klima nicht nur zwischen den Partnern des Gemeinsamen Marktes, sondern auch zwischen Frankreich und Amerika verschlechtert. Bei der Analyse der Ursachen des Zwistes zwischen den beiden Ländern scheint es, als stünde man sozusagen vor einem philosophischen Zwiespalt, was das Problem nicht erleichtert und die über kurz oder lang unumgängliche Annäherung vielleicht nur er-

schwert. Die Meinungsverschiedenheit liegt in der Anschauung der geschichtlichen Entwicklung, die die beiden Regierungschefs haben, und in der Rolle, die jeder von ihnen in diesem Zusammenhang spielen möchte.

Kennedy hat immer im Namen der Vereinigten Staaten verkündet, sein Land müsse den freien Nationen Führer und Stütze sein. Seine Führerschaft über Europa ist nur eine Folge dieses Grundsatzes, denn er ist überzeugt, daß Europa ohne amerikanische Kernwaffen bereits unter den totalitären Einfluß des Ostens geraten wäre. Mögen der Eigenliebe der europäischen Länder auch Konzessionen gemacht werden, so will der amerikanische Präsident dennoch im Falle eines Amerika berührenden Konfliktes die oberste Entscheidungsgewalt voll und ganz behalten.

Völlig verschieden, um nicht zu sagen entgegengesetzt, erscheinen demgegenüber General de Gaulles Ansichten. Überzeugt davon, daß die Umstände eines Tages Amerika veranlassen könnten, sich an Europas Verteidigung zu desinteressieren, glaubt er, dem vorgreifen und jetzt schon diese Verteidigung unabhängig von Amerika ins Auge fassen zu müssen. Frankreich, dem seiner Meinung nach auf Grund einer geschichtlichen Berufung die Führerrolle in Europa zukommt, vorausgesetzt, daß es mit Deutschland verbündet ist, weist die multilaterale Atomstreitkraft unter amerikanischer Kon-

trolle zurück. Es fordert statt dessen eine autonome nationale Streitmacht, die seine Autorität in Kontinentaleuropa sichert. Kontinentale Politik! Das ist das große Wort, das sogleich Napoleons Politik herauftaucht, die den Kaiser nach der Begegnung von Tilsit bis nach Moskau führte auf der Suche nach einer unmöglichen Allianz mit Rußland gegen England, die der «teure Alexander» ihn erhoffen ließ. Hier stehen wir im Mittelpunkt unseres Themas. Eine Verhandlung mit den Sowjets erscheint als unausweichliche Konsequenz des Erschlafens der Bande, die bislang Westeuropa mit Amerika vereinten.

Aus dem gleichen Grunde verweigerte der französische Staatschef Großbritannien den Eintritt in die europäische Gemeinschaft. Es wäre, so denkt er, ein Bindeglied zu den Vereinigten Staaten, das einer so konzipierten französischen Politik unwillkommen ist. Ein großer Teil der öffentlichen Meinung Frankreichs hat seine Mißbilligung dieses neuen und ungerechten kalten Krieges ausgedrückt. Wenn alles gesagt worden ist, bleibt eines: Amerika und Frankreich können ein starkes und unabhängiges Europa wollen, ohne deswegen eine Verbindung mit den Vereinigten Staaten abzulehnen. Das scheint klug, und man will daran glauben.

Jean de Saint-Chamant

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Konstanz der Probleme

Zwei Probleme beherrschen die innenpolitische Bühne seit Jahr und Tag: die Konjunkturdämpfung und die Integrationsfrage. Beide haben aber in den letzten Wochen und Monaten eine Zuspitzung erfahren. Die Sabotierung des Beitritts Englands zur EWG durch Präsident de Gaulle rückt zwar auch die Verhandlungen über das schweizerische Assoziationsbegehr in unbestimmte Ferne.

Die Entwicklung der Dinge zwingt uns aber anderseits zur illusionslosen Konfrontierung mit der Integrationspolitik und möglicherweise auch zu entsprechenden Entschlüssen. Mit der Intensivierung und Wiederaufwertung der allzu früh totgesagten EFTA ist es nicht getan. 42% unseres Exports gehen in die EWG-Staaten. Sollte die Zollmauer verstärkt werden, müßte dies Rückwirkungen auf die gesamte schweizerische Wirtschaft haben.

Man kann nicht genug wiederholen, daß den Maßnahmen, die auf eine vernünftige Regulierung der überbordenden Konjunktur abzielen, gerade unter diesem Aspekt größte Bedeutung zukommt. Ob die Anstrengungen der Landesregierung mit Erfolg gekrönt sein werden, ist allerdings eine andere Frage. Der «schwarze Peter» der Selbstdisziplinierung wird hin und her geschoben. Und wenn man hört, daß der Bundesrat der Bundesversammlung den Bau eines Verwaltungsgebäudes für die Generaldirektion der PTT vorschlägt, das nicht weniger als 47,9 Millionen Franken kosten soll, so neigt man nicht unbedingt dazu, vom «guten Beispiel» der öffentlichen Hand positive pädagogische Auswirkungen zu erwarten...

Zur Nachahmung empfohlen!

Waches Kulturbewußtsein ist nicht an den Asphalt der Städte gebunden, auch wenn einzelne Zweige des Geisteslebens nur auf dem Hintergrund urbaner Verhältnisse denkbar sind. Der kulturelle Föderalismus unseres Landes ist eine wesentliche Grundlage dieses Staatswesens, die es so gut als möglich zu erhalten gilt. Daß hier gerade finanzschwache, kleinere Kantone abseits der großen Wirtschaftszentren und Verkehrslinien immer wieder mit gutem Beispiel vorangehen, gehört zu den erfreulichsten Erscheinungen im helvetischen Alltag. So hat eben jetzt die Regierung von Appenzell A.-Rh. zuhanden der Landsgemeinde vorgeschlagen, aus Anlaß der 450-Jahrfeier des Beitrags zur Eidgenossenschaft eine «Stiftung Pro Appenzell» mit einem Anfangskapital von Fr. 500 000.— ins Leben zu rufen. Sie soll dazu verhelfen, die freie Natur vor Eingriffen der Technik zu schützen. Durch Ankauf von Grundstücken oder Rechten sollen Reserve geschaffen und Wandergebiete erschlossen, aber auch Quellgebiete, Moore und Bachläufe erhalten werden. Darüber hinaus sollen charakteristische Bauwerke und historische Denkmäler appenzellischer Eigenart durch die Stiftung betreut werden. Initiativen dieser Art sind in einer Zeit, da der rein wirtschaftliche Nutzen

alle andern Wertkriterien zu überwuchern droht, von größter Bedeutung für die Zukunft des Gemeinwesens.

Kostbarer als Gold

Man pflegt vom Wasser als der weißen Kohle zu sprechen, wenn man an die Energieproduktion unserer Kraftwerke denkt. Falls die Entwicklung wie bisher weitergeht, wird man sehr bald schon zu anderen Vergleichen greifen, wenn vom Wasser die Rede ist. Das nasse Element ist im Begriff, zu einem Problem ersten Ranges zu werden. Es wird im wahrsten und umfassendsten Sinne des Wortes kostbar, kostbarer mit der Zeit vielleicht noch als das mythenumwobene Gold. Noch um die Jahrhundertwende rechnete man pro Kopf und Tag mit einem Wasserverbrauch von 100 Litern — heute sind es in der Schweiz bereits 300 Liter. Dabei ist zu bedenken, daß der starken Bevölkerungsvermehrung ein mengenmäßig stationärer Wasserhaushalt der Natur gegenübersteht und daß außerdem große Mengen der natürlichen Reserven durch die katastrophale Wasserverschmutzung unbrauchbar geworden sind. Der niedere Wasserstand in diesem Winter hat diesen Übelstand, der zum allgemeinen Notstand zu werden droht, besonders deutlich werden lassen. Auf dem Grund der Seen und Flüsse werden die jahrzehntelang gedankenlos versenkten Abfälle sichtbar. Fische sterben im erstickenden Wasser. Im Baselbiet mußte die Bevölkerung zweier Gemeinden in den letzten Monaten das Wasser vor Gebrauch kochen, weil das Grundwasser offenbar von der benachbarten, außerordentlich verschmutzten Birs infiziert worden war.

Es wird größter Anstrengungen auf dem Gebiet des Gewässerschutzes bedürfen, wenn vermieden werden soll, daß das Wasserkochen zur Alltagserscheinung wird. Sollte ein solcher Grad von Verschmutzung zum Normalfall werden, so erwachsen hier Gefahren für die Menschheit, die nicht geringer zu schätzen sind als jene der nuklearen Waffen.

Auch eine «Jurafrage»!

Graubünden hat in den letzten Wochen ein Jubiläum gefeiert, das als praktische Illustration für den eidgenössischen Föderalismus gelten darf: Die Anerkennung des Rätoromanischen als vierte Landessprache (1938). In jeder romanischen Gemeinde haben die Kinder demnach Anrecht auf Romanischunterricht. Sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit und hinter der Lärmkulisse der Separatisten findet im Berner Jura eine gegenläufige Entwicklung statt. Nach einer interessanten Darstellung im «Mitteilungsblatt des Deutschschweizerischen Schulvereins Zürich» zählte man einst etwa 30 deutschsprachige Schulen, 1947 waren es noch acht und heute gar nur noch fünf. Nach dem Krieg erließ der Lehrerverein des Berner Juras eine Empfehlung, wonach alle diese Schulen nach und nach durch französischsprachige zu ersetzen seien. Und im gleichen Jahr 1947 stellte eine jurassische Zeitung sogar fest: «Les écoles doivent nécessairement, du fait même de leur existence, mettre la culture française en danger.» «Durch ihre bloße Existenz eine Gefahr für die französische Kultur» — das sind fürwahr Töne, die man wenigstens hierzulande bisher nicht für möglich gehalten hat. Der extreme Nationalitätenkult, der hier mehr oder weniger versteckt fröhliche Urständ feierte und der sich offenbar auch in Machenschaften der allerletzten Zeit erneut offenbart, steht gerade einer Minderheit, die sich dauernd lautstark über vermeintliche Willkür beklagt, besonders schlecht zu Gesicht.

Hilfe zur Selbsthilfe

Im Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe ist das Schlagwort von der «Hilfe zur Selbsthilfe» aufgekommen. Es umschreibt in glücklicher Weise ein Prinzip der Unterstützung Hilfsbedürftiger, das nicht etwa zur stagnierenden Haltung von Rentenempfängern ermuntern, sondern im Gegenteil den eigenen Leistungswillen der Begünstigten anstacheln soll. In diesem Sinn ist es nicht nur auf der Ebene der Entwicklungshilfe,

sondern auch im Bereich der Innenpolitik beherzigenswert. Im Jahre 1961 hat die Eidgenossenschaft 758 Millionen Franken an Bundessubventionen ausgerichtet. Das sind durchschnittlich Fr. 76.— pro Kopf der Bevölkerung. Für Graubünden sind es 324, für das Wallis 208 und für Uri 148 Franken. Das ist sicherlich weitgehend in Ordnung, auch wenn man um die Schwierigkeit weiß, in den ihrer ganzen Art nach konservativen bergbäuerlichen Regionen mit den Subventionierungen zugleich die Verpflichtung zu Verbesserungen der Wirtschaftsstrukturen durchzusetzen. Bedenken melden sich erst, wenn man vernimmt, daß der hochindustrialisierte Kanton Zürich bei einer Kopfquote von 47 Franken den Löwenanteil an den Subventionen einstreicht. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Kanton Zürich große Aufgaben zu bewältigen hat, die von nationaler Bedeutung sind und daher entsprechende Subventionierungen nicht nur rechtfertigen, sondern geradezu zur Voraussetzung haben. Ebenso wenig ist zu bezweifeln, daß auch die fortschrittlichen Zürcher hin und wieder des Antriebes bedürfen, der von Subventionsversprechen ausgeht. Und doch muß man sich fragen, ob das System nicht revisionsbedürftig sei, wenn das Zahlenbild am Schluß so aussieht, wie es oben angedeutet worden ist. In jedem Fall ist es dringend nötig, daß vor allem bei wiederkehrenden Beitragsleistungen schärfer darauf geachtet wird, ob sich die Voraussetzungen nicht geändert haben. Bei der Umwälzung so großer Beträge auf so vielen Gebieten besteht nun einmal die Gefahr, daß der Verteiler sozusagen automatisiert und der Einzelfall nicht mehr mit der nötigen Sorgfalt überprüft wird.

Die Wenigen und die Vielen

Wenn dieses Heft erscheint, wird im Ständerat die Entscheidung über die Revision des sogenannten Arztrechtes im Rahmen des Bundesgesetzes über die Kranken- und Unfallversicherung (KUVG) gefallen sein. Es geht um die ärztliche Betreuung der Gesamtbevölkerung einerseits und um die Freiheit

des Ärztestandes anderseits. Nach Ansicht der Ärzte lassen sich die beiden Probleme nicht voneinander trennen. Nach Ansicht der Krankenkassen sollten die Ärzte dem Verfügungsrecht des Staates unterstellt werden. Ihre Vertreter scheinen mit einem «Gesundheitsdienst» englischer Prägung zu liebäugeln. Der Senat der Schweizerischen Akademie der medizinischen Wissenschaften seinerseits stellt in einer Resolution vom 2. März fest, daß das Verschwinden des freien ärztlichen Berufes «nicht nur fachlich, sondern auch menschlich unwiderbringlichen Verlust für die Gemeinschaft» zur Folge hätte. Und der Staatsrechtslehrer Prof. Werner Kägi legte vor kurzem in einem Zeitungsartikel dar, daß die Ärzte versuchen müßten, durch Ergreifen des Referendums die Öffentlichkeit auf die Tragweite dieser Gesetzesrevision hinzuweisen, falls die eidgenössischen Räte nicht auf die Vorbehalte von ärztlicher Seite eingehen sollten.

Es geht hier nicht allein um einen höchst bedeutenden Berufsstand und um verschiedene sozialpolitische Konzeptionen. Was darüber hinaus zu denken gibt, ist die Tatsache, daß eine Berufsgruppe von Rang und Ansehen durch die wohlorganisierte «Mehrheit» ihrer Klienten sozusagen überrollt und auf die Knie gezwungen werden soll. Der vielgepriesene Föderalismus, der in erster Linie ein Prinzip des Minderheitenschutzes ist, scheint auf gesellschaftspolitischer Ebene keine Geltung mehr zu haben. Die Vielen wollen die Wenigen gängeln, auch wenn sie sachlich inkompotent sind. Und das Unheimlichste dabei ist der Tatbestand, daß die

«Vielen» im Grunde einige wenige sind, die lediglich behaupten, im Namen der Vielen zu reden und zu handeln. So betrachtet wird die Angelegenheit zu einem Testfall unserer freiheitlichen Demokratie.

Entscheidungsbildung und Meinungsbildung

Im Zusammenhang mit dieser schwerwiegenden Problematik stellt sich die Frage der Entscheidungsbildung überhaupt. Angenommen, es kommt zu einem Referendum, dann werden die traditionellen Gremien der Meinungsbildung, die Parteien, auf den Plan treten. Sie werden ihre Wähler auffordern, für oder gegen einen Gesetzesvorschlag zu stimmen, dessen Ausarbeitung sie den Experten und den direkt beteiligten Organisationen überlassen hatten. Das ist ein Vorgang, der heute zur Tagesordnung gehört. Sobald wirtschaftliche und sozialpolitische Interessen auf dem Spiel stehen, tritt das bereits hochentwickelte Vernehmlassungsverfahren in Aktion. Verbände und Gewerkschaften werden eingeladen, sich zu äußern. Später nehmen dann auch die Parteien Stellung. Aber sie haben es bereits mit einem ausgereiften Entwurf zu tun, den man nur noch annehmen oder ablehnen kann. Die Organisationen der Meinungsbildner haben mit andern Worten immer häufiger wenig oder keinen Einfluß mehr auf die *Vorbereitung* der Entscheidungsbildung. Hier liegt eine der Wurzeln der vieldiskutierten «Abwertung der Parteien».

Spectator

DAS STAPFERHAUS AUF SCHLOSS LENZBURG

Ende September 1962 hat die aargauische Regierung beschlossen, durch einen einmaligen Beitrag für das Jahr 1963 den Betrieb des Philipp-Albert-Stapfer-Hauses auf der Lenzburg weiterhin zu ermöglichen, wobei sie von der Annahme ausging, es werde nun

innert Jahresfrist etwa auf dem Weg über das Kulturgesetz oder in anderer Weise möglich, die junge Institution zu erhalten. Damit ist der Staat Aargau, nachdem er schon die Versuchsperiode aus dem Lotteriefonds mitgetragen hatte, mit einem zweiten, noch immer

zögernden Schritt einer Aufgabe nähergetreten, die zuerst von vier privaten Partnern erkannt worden ist. Das Stapferhaus ist ein gemeinsames Werk der aargauischen Kulturstiftung Pro Argovia, der Neuen Helvetischen Gesellschaft, der Stiftung Pro Helvetia und der Stiftung Schloß Lenzburg. Es hat seinen Sitz im sogenannten Bernerhaus, das den Burghof nach Norden abschließt und um 1600 errichtet, in späterer Zeit umgebaut und erweitert wurde. Seiner Bestimmung nach soll es eine schweizerische Stätte der Begegnung sein. Versuchsweise übte es sich in dieser Funktion schon seit 1959, und seit 1960 strebt Dr. Martin Meyer, der Leiter des Hauses, zielbewußt die Erfüllung des Auftrages an, der von der Hauskommission im ersten Jahresbericht mit folgenden Worten umschrieben worden ist: «Diese Funktion besteht wesentlich darin, der eidgenössischen Struktur unseres Landes zu dienen, diese Struktur zu stärken, wo sie gelitten hat, und sie herzustellen, wo sie bisher fehlte. Dabei wird die eidgenössische Struktur als das für unser Land Entscheidende verstanden: sie bestimmt seine Geschichte und sichert seine Zukunft.» Insofern damit das schweizerische Selbstverständnis zur zentralen Aufgabe erhoben wird, dient das Stapferhaus der geistigen Landesverteidigung; es vermeidet dabei das Mittel der Indoktrination und vertraut jenem Willen zur Gemeinsamkeit, der über die politischen Gegensätze, über die Verschiedenheit der Sprache, der Erfahrungen und der Standpunkte hinweg den Weg der Eidgenossenschaft bestimmt. Es ist der Weg, der in der Freiheit und in der Verantwortung zum Gespräch gesucht werden muß.

Vielleicht macht sich in derartigen Definitionsversuchen eine erste Schwierigkeit bemerkbar, mit der die junge Institution von Anfang an zu kämpfen hatte. Was sie sein soll und was sie leisten möchte, läßt sich in wenigen einleuchtenden Sätzen schwerlich sagen. Man muß auf getane Arbeit und auf Ergebnisse hinweisen können, um den Zielsetzungen tragenden Grund zu geben. Auch jetzt noch, nach drei Jahren fruchtbare Tätigkeit, wird man billigerweise nicht fordern dürfen, daß vom Stapferhaus jederzeit sichtbare oder nachweisbare Wirkungen ausge-

hen. Die schönsten Ergebnisse seiner Arbeit wirken im Bewußtsein derer, die an den Gesprächen und Tagungen teilnehmen können. Die Atmosphäre der Gemeinschaft und der Wille, frei von den tausenderlei Geschäftigkeiten und vor allem befreit aus dem Termingitter des Alltags Fragen zu stellen und Antworten zu suchen, die unsere eidgenössische Gegenwart und unsere Zukunft wesentlich bestimmen, kennzeichnen den Geist dieser Gespräche. Es fehlt uns ja freilich nicht an Diskussionen am runden Tisch und über die Grenze, an Konferenzen und Kongressen, an denen gewiegte Debatter und formuliertüchtige Redner ihre Auffassungen vertreten. Das Stapferhaus sucht die Begegnung. Sie wird dadurch begünstigt, daß die Gespräche auf dem Schloßberg stattfinden, über den Dingen sozusagen, wenngleich natürlich nicht ohne Rücksicht auf diese. Es bleibt da oben Zeit, einmal den Blick über die Bastion hinunter auf die kleine Stadt, hinüber an den Jura oder über die fruchtbaren Ebenen und Hügel des Mittellandes bis zu den Alpen wandern zu lassen. Was hier als Landschaftsbild der vielgestaltigen Heimat vor Augen liegt, das vertieft sich im Erlebnis der vielfältigen, einander entgegengesetzten und dennoch durch den Willen zur Gemeinschaft geprägten Überzeugungen. Daß dieses Erlebnis fortwirkt im Denken und Handeln der Teilnehmer an den Lenzburger Gesprächen, wird man unter den Ergebnissen der Arbeit im Stapferhaus an erster Stelle nennen müssen.

Auf den umfangreichen Themenkreis der Veranstaltungen können wir in diesem kurzen Rückblick nur hindeuten. Neben schweizerischen und aargauischen Aussprachen gab es da Fortbildungskurse der ETH, einen Kurs der UNESCO über Erwachsenenbildung und ein Sommerseminar der schweizerischen Hochschulen, das die Professoren J. Freymond, J. R. von Salis und W. Hofer leiteten. Eidgenössische Tagesfragen in welscher und deutschschweizerischer Sicht gaben Gelegenheit, die Begegnung zwischen den Landesteilen zu vertiefen. Landschaftsgestaltung und Landschaftserhaltung, überhaupt Fragen des Naturschutzes und der Bedürfnisse der Industrie, Strahlenfragen als

Informationsproblem und ferner die Frage, wie wir dem Totalitarismus wirksamen Widerstand leisten können, ohne selber zu totalitären Maßnahmen gezwungen zu sein, wurden gründlich durchdacht und durchbesprochen. So ist es auch vorgekommen, daß einzelne dieser Veranstaltungen fortgesetzt oder wiederaufgenommen werden mußten, wobei zu den bisherigen Teilnehmern neue stießen.

Daß sich hier der Denkmalpfleger und der Ingenieur, der Architekt, der Bauunternehmer und der Naturfreund, der Wirtschaftsführer und der Pädagoge in eidgenössischem Freimut aussprechen und dabei auch in einer der Begegnung günstigen Atmosphäre menschlich näher kommen können, wird von allen Teilnehmern an diesen Gesprächen immer wieder dankbar hervorgehoben. Hier sollen übrigens nicht Resolutionen beschlossen oder offizielle Communiqués formuliert werden; hier sollen — wie einer der Gesprächspartner einmal gesagt hat — freie Männer und Frauen für sich und im überschaubaren Kreis diejenigen Gewissensfragen stellen und zu beantworten versuchen, von denen die Zukunft unseres Landes abhängt. Wir dürfen immerhin beifügen, daß auch schon ganz konkrete Ergebnisse aus Gesprächen im Stapferhaus hervorgegangen sind. Plan und Grundzüge eines aargauischen Kulturgesetzes, dessen Entwurf vollendet ist, und die Stiftung Pro Reuß, die zur Erhaltung der Reußlandschaft gegründet wurde, sind derartige Beispiele.

Zwei Schwierigkeiten sind indessen noch nicht befriedigend gelöst. Es liegt in der Art und im Plan der Gespräche auf Schloß Lenzburg, daß immer nur ein kleiner Kreis dazu eingeladen werden kann. In der Regel beraten die Organe der vier Partner den Leiter bei der Nomination der Teilnehmer. Sie sind sich dabei bewußt, daß auf diese Weise immer nur eine kleinere Gruppe herausgegriffen werden kann und daß höchst wertvolle Kräfte ungenutzt bleiben. Es muß daher, so meinen wir, das Bestreben der Hauskommision und der Leitung des Stapferhauses sein, den Anschein von Exklusivität, der allein aus dem Zwang der Verhältnisse entstanden ist, nach Möglichkeit zu überwinden. Die zweite Schwierigkeit besteht darin, daß die regel-

mäßige Teilnahme von Pressevertretern, die aus den soeben genannten Gründen höchst wünschbar wäre, aller Voraussicht nach die Gesprächsatmosphäre beeinträchtigen dürfte. Man will ja auch nicht mit fertigen Lösungen und Standpunkten vor die Öffentlichkeit treten; man möchte Lösungen und Antworten gerade dort suchen, wo das öffentliche Gespräch nicht mehr weiterführt. Eine Überbrückung dieser Schwierigkeiten im Kontakt mit den Interessenten außerhalb der Stapferhaus-Gespräche wäre vielleicht auf dem Weg über zusammenfassende Berichte zu suchen, die jedermann zugänglich sein müßten und die Ergebnisse oder auch Fragen der einzelnen Veranstaltungen im Sinne einer sachlichen Dokumentation festhalten müßten. Vielleicht gelänge es auf diese Weise sogar, das Gespräch im kleinen Kreise, das die bewährte Grundform bleiben wird, im Rahmen größerer Gemeinschaft fruchtbar zu machen.

Einer derartigen Breitenwirkung vermochten bisher immerhin einzelne Unternehmungen zu dienen, denen der ehrwürdige Rittersaal des Schlosses den rechten Rahmen gab. So vereinigte die Morgenfeier zum 200. Geburtstag der Helvetischen Gesellschaft eine Versammlung festlich gestimmter Menschen, wobei Schülerinnen und Schüler der aargauischen Mittelschulen ebenfalls eingeladen waren. Eine Veranstaltung ähnlichen Ausmaßes, vaterländisch im wahren Sinne, war die große Rede von Bundesrat Dr. Hans Schaffner mit dem Thema «Der schweizerische Staatsgedanke in der heutigen Umwelt». Schließlich möchten wir nicht vergessen, die liebenswürdige Einladung zu erwähnen, die das Stapferhaus an die ehemaligen Bundesräte ergehen ließ. Ihrer sieben folgten dem Aufgebot, freuten sich der Gastfreundschaft und verbrachten anregende Stunden in gemeinsamem Gespräch.

Die drei Jahre, auf die das Stapferhaus auf der Lenzburg zurückblickt, sind ein Anfang. Es scheint, daß die materiellen Grundlagen langsam tragfähiger werden, wenngleich zu sagen ist, daß Ausbau und Vertiefung der Tätigkeit dieser freien Akademie weit größere Mittel erfordern, als ihr im Augenblick zur Verfügung stehen. Erfreulich aber ist, daß eine Sammlung unter der

aargauischen Industrie die Ausführung einer ersten Bauetappe ermöglicht hat. Sie wird durch einen zweckmäßigen Innenausbau des Bernerhauses die räumlichen Bedingungen wesentlich verbessern, unter denen das Stap-

ferhaus im vierten Jahr seines Bestehens, gestützt auf mannigfache Erfahrungen und getragen von der Dankbarkeit seiner Gäste, die begonnene Arbeit fortsetzen wird.

Anton Krättli

DER STAND UNSERER MILITÄRISCHEN LANDESVERTEIDIGUNG

Rückblick und Ausblick

Der *Truppenordnung 61* gingen viele Jahre der Vorarbeiten voraus. In gleicher Weise braucht auch deren Durchführung und Verwirklichung noch einige Jahre. Das offizielle Einführungsdatum des 1. Januar 1962 bezeichnete die entscheidende Schwelle für die Änderung der organisatorischen Formen, die dann in den Wiederholungs- und Ergänzungskursen des Jahres 1962 in Erscheinung traten und erlebt wurden. Das Jahr 1962 war somit für die Durchführung der TO 61 von entscheidender Bedeutung. Dank einem gnädigen Schicksal konnte sich die Armee dieser Aufgabe ohne Störungen von außen widmen; sie hat sie mit viel gutem Willen erfolgreich gemeistert. Sie hat es auch verstanden, die neuen Formen mit dem Geist der TO 61 zu beseelen. Schon Ende 1962 wurde die TO 61 durch die Aufstellung neuer Transformationen des Auszuges und der Landwehr, sowie durch die Bildung weiterer Panzereinheiten und Sanitätskompanien vervollständigt. Das Mißverhältnis der Landwehrinfanterie zwischen Bedarf und Beständen ist bedenklich. Ihre Reorganisation ist daher eine der dringendsten Ergänzungen.

Die gleichzeitig mit der TO 61 beschlossene *Verjüngung* der Armee beginnt Ende 1963 mit der stufenweisen Herabsetzung der Wehrpflicht und der einzelnen Heeresklassen, entsprechend den seit einigen Jahren erhöhten Beständen der Rekrutenjahrgänge.

Bewaffnung und Ausstattung

Die Einführung des Sturmgewehres geht planmäßig weiter. Ende 1962 waren die Ver-

bände der Infanterie und der Mechanisierten und Leichten Truppen in sieben Divisionen mit dem Sturmgewehr ausgerüstet. 1963 folgen die weiteren 5 Divisionen, so daß die Sturmgewehruschulung 1964 mit einigen Regimentern der Armeekorpstruppen abgeschlossen werden kann. Die Bewaffnung mit Sturmgewehr der Rekruten der Artillerie-, Flieger-, Fliegerabwehr-, Genie- und Übermittlungstruppen wird schon in den Sommerrekrutenschulen 1963 beginnen, ein halbes Jahr früher als ursprünglich vorgesehen.

In den Mechanisierten Divisionen der TO 61 sind zur Zeit nur drei Bataillone mechanisiert, das heißt mit geländegängigen, gepanzerten Kampffahrzeugen auf Raupen ausgerüstet. Die übrigen Truppen dieser Divisionen verfügen nur über Transportfahrzeuge mit Rädern, sind also lediglich motorisiert. Zu den dringendsten Forderungen auf materiellem Gebiet gehört daher die Beschaffung von Schützenpanzerwagen für die Motordragonier der Panzerregimenter und von Selbstfahrgeschützen für die Artillerie der Mechanisierten Divisionen. Der Entscheid über die Modellwahl eines Schützenpanzerwagens ist noch in diesem Jahr fällig, während Selbstfahrgeschütze so wenig spruchreif sind wie die schon lange geplanten Flab-Panzer. Der Serienbau eines schweizerischen Panzermodells ist im Anlaufen, und das Beschaffungs- und Produktionsprogramm für die Mirage-Flugzeuge wurde in Angriff genommen. Von den schweren Waffen der Infanterie sind nun Fliegerabwehr, Panzerabwehr und Mitrailleure motorisiert; wünschenswert wäre auch die Motorisierung der

Minenwerferzüge mit «Haflinger»-Fahrzeugen.

Ausbildung

Die Organisation der Rekrutenschulen wurde schon 1962 der TO 61 angepaßt¹. Die Ausbildung von Rekruten der Truppensanität in Rekrutenschulen der Infanterie und der Mechanisierten und Leichten Truppen hat sich gut bewährt. Der enge Kontakt mit den Rekruten der Kampftruppen wirkt sich vor allem auf die geistige Einstellung der Sanitätsrekruten sehr vorteilhaft aus. Nach dem erfolgreichen Versuch des Jahres 1962 werden nun von 1963 an auch in Rekrutenschulen anderer Truppengattungen Rekruten der Truppensanität ausgebildet, so daß sich die Schulen der Sanität auf die Rekruten für die Sanitätsformationen beschränken werden. In der Ausbildung der Sanität weht jetzt ein frischer Wind, der dieser zu Unrecht etwas vernachlässigten Truppengattung neue Impulse verleiht.

Auf das Jahr 1963 haben Bundesrat und Bundesversammlung auch die *Ausbildung der Offiziere* neu geregelt. Wir müssen uns darauf beschränken, nur die wichtigsten Neuerungen in der Offiziersausbildung zu erwähnen. Die Korporale, die für die Weiterausbildung zum Offizier vorgesehen sind, haben nun in der Regel wieder eine ganze Rekrutenschule als Korporal zu leisten und werden erfreulicherweise nicht mehr drei Wochen vor Schluß der RS entlassen. Ausnahmen bestehen für die Offiziersanwärter der Artillerie (halbe RS als Kpl. und 27 Tage Spezialkurs), der Sanitäts- und Veterinärtruppen (halbe RS als Kpl.). Eine allgemeine Verlängerung der Dauer der Offiziersschulen wird kompensiert durch den Wegfall des Wiederholungskurses im Jahre der Offiziersschule. Außerdem soll die Offiziersschule in zwei Teilen durchgeführt werden können, um ihr Bestehen zu erleichtern. Diese Lösung ruft ernsthaften Bedenken. Der Vorstand der Offiziersgesellschaft des Kantons Zürich sagt, daß beispielsweise Studenten aus dieser Zweiteilung Vorteile ziehen können, während im Berufsleben stehende Aspiranten durch den zweimaligen Arbeitsunterbruch

stärker betroffen werden². Aus dem Unterbruch des Trainings und dem unvermeidlichen Wechsel des Lehrpersonals entstehen durch die Zweiteilung erzieherisch und ausbildungstechnisch große Nachteile. Es werden nun auch die angehenden Feldprediger (20 Tage) und Eisenbahnoffiziere (41 Tage) in eine Offiziersschule einberufen. Bei den Zentralschulen ist neben der Gliederung in drei Stufen I—III die Unterscheidung in drei fachliche Gattungen neu: A für Kommandanten von Kampftruppen, B für Führungsgehilfen (inkl. Sanität, Üm. usw.) und C für rückwärtige Dienste. Die Zentralschulen A und B werden durch Aufspaltung der bisherigen Zentralschulen gebildet. Die Zentralschulen I C und II C ersetzen die bisherigen Taktisch-technischen Kurse der einzelnen Truppengattungen, und die Zentralschule III C tritt anstelle des bisherigen Kurses für die rückwärtigen Dienste. Die Neuregelung der Zentralschulen ermöglicht auf der einen Seite eine gewisse Spezialisierung, andererseits die bisher fehlende Zentralisierung für die angehenden Kommandanten der rückwärtigen Dienste.

Nachdem die Luftschutztruppen zu Wiederholungskursen von 20 Tagen Dauer übergegangen sind, ist jetzt endlich die einheitliche Dauer der WK von 20 Tagen erreicht worden. Infolge der Umschulung auf das Sturmgewehr findet auch 1963 nur ein Heereseinheitsmanöver statt, zu dem im Herbst die Divisionen 6 und 8, unter Leitung des Kommandanten des FAK 2, antreten. Für den 17. Oktober ist in Dübendorf ein großes Defilee sämtlicher Manövertruppen vorgesehen. Während 1962 sechs Grenz-, Festungs- und Reduitbrigaden zum Ergänzungskurs einberufen wurden, rücken 1963 deren 8 ein. In Anpassung an die 1964 eintrittende Verjüngung der Heeresklassen werden nun diese Landwehrbrigaden jedes zweite Jahr zum EK einberufen, die Offiziere außerdem in jedem Zwischenjahr zu taktischen und technischen Kursen, so daß sie von nun an jährlich zu einem Dienst aufgeboten werden. Dies führt zu einer erheblichen Steigerung des Ausbildungsstandes der Landwehrtruppen. Befremdend ist die aus Ersparnisgründen verfügte Reduktion des

Flugtrainings der Milizpiloten. «Es hat wohl keinen Sinn, Geld für die Anschaffung und den Unterhalt von kostspieligem Flugmaterial auszugeben und dann bei der Ausbildung sparen zu wollen. Die Piloten müssen auf der Höhe ihres Könnens gehalten werden, was eine ausreichende Zahl von Trainingsstunden erfordert³.»

Durch die Bewilligung von Objektkrediten im Betrage von 6,4 Millionen Franken schufen die Räte am 19. Dezember 1962 die Voraussetzungen für den Erwerb und den Ausbau der Kaserne Tesserete, den Erwerb eines Schießgebietes bei Reiden und den Kauf von 5 Höfen in den Freibergen, zwecks Bildung eines Pferde- und Ausbildungszentrums für Kavallerie und Train. Mit der Bewilligung eines Sammelmordes von 10 Millionen Franken gaben die Räte den Militärbehörden die Möglichkeit, in dringenden Fällen Landkäufe vorzunehmen, bevor sich eine Opposition oder die Spekulation einschalten können. Dieser Sammelmord hat bereits ermöglicht, in den Waadtländer Alpen einen geeigneten Landkomplex zu erwerben, der zu einem günstigen Schießplatz erweitert werden kann. Der Panzerübungplatz in der Ajoie, der Waffenplatz Droggens FR für die Motorinfanterie und der Schießplatz auf der Wichlenalp sind der Verwirklichung nahe⁴. Der Schießplatz von Isone ist auf guten Wegen. Trotz diesen verschiedenen sich anbahnenden Möglichkeiten bleibt die Frage der *Übungs- und Schießplätze* nach wie vor eine große Sorge der Militärverwaltung und der Truppenkommandanten. Es ist dringend zu wünschen, daß das *Problem der Pacht von Schießplätzen und Übungsgebieten im Ausland* von den maßgebenden Stellen mit der erforderlichen Gründlichkeit und Sorgfalt geprüft wird⁵. Innerhalb der Landesgrenzen spielt neben den Bedürfnissen der Armee auch die Rücksicht auf den Natur- und Heimatschutz eine wichtige Rolle (zum Beispiel: Guldental, Vallon de Nant).

Organisation der Militärverwaltung

Die Leitung der *Kriegstechnischen Abteilung* ist im Laufe des Jahres 1962 reorganisiert wor-

den. An Stelle eines einzigen Chefs ist ein Kollegium von 4 Personen getreten; es umfaßt einen kaufmännischen und einen technischen Direktor, ferner einen Zentraldirektor der Eidgenössischen Militärwerkstätten; alle drei sind dem für die Gesamtleitung verantwortlichen Abteilungschef unterstellt. Die Restabteilung für Luftschutz, die nach der Abtretung der Luftschutztruppen an die neue Abteilung für Territorialdienst und Luftschutztruppen während des Jahres 1962 vorübergehend dem Chef des EMD direkt unterstellt war, ist auf Jahresbeginn 1963 als *Bundesamt für Zivilschutz* zum Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement übergetreten. Die bisher dem Chef des Personellen unterstellte Sektion *Heer und Haus* ist auf 1. Februar 1963 als «Dienststelle» der Direktion der Militärverwaltung unterstellt und wird vom Sommer 1963 an nebenamtlich von einem Milizoffizier und Brigadekommandanten geleitet. Ist es nicht befremdlich, daß man zwar die Leitung der Kriegstechnischen Abteilung, bei der es um die materielle Rüstung und um einen erheblichen finanziellen Aufwand geht, zweckmäßig ausbaut, daß man sich aber bei der Dienststelle Heer und Haus, bei der es sich um geistige Belange von geringer finanzieller Tragweite handelt, mit einer nebenamtlichen Leitung begnügen will? Es ist nicht verfrüht, einzusehen, daß die psychologische und geistige Rüstung der materiellen Rüstung gleichwertig ist. Die umfassende Landesverteidigung ist ein ausgewogenes System beider Gebiete. Der leidenschaftliche Glaube an das Existenzrecht und an die Existenzmöglichkeit unseres Kleinstaates muß wachgerufen und fest in den Herzen verankert werden.

Miles

¹ Siehe Heft 12, März 1962, S. 1296.

² NZZ Nr. 534, 11. 2. 63 (Generalversammlung der Offiziersgesellschaft des Kantons Zürich). ³ Siehe Angaben unter Fußnote 2.

⁴ Betreffend Wichlenalp siehe NZZ Nr. 1047, 17. 3. 63. ⁵ Vgl. «Der Leidensweg der militärischen Waffen- und Schießplätze», Juni-Nummer 1962, S. 283 ff.

QUERSCHNITT DURCH NEUE WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFTEN

Zum Jahreswechsel

Der in die Berichtszeit (Dezember 1962 bis Februar 1963) fallende *Jahreswechsel* bot den Wirtschaftszeitschriften wie üblich die willkommene Gelegenheit zu Rückschau und Ausblick. Wer an einer Rekapitulation ökonomischer Ereignisse in der Vergangenheit und an Prognosen für die Zukunft Interesse nimmt, dem sei ein Studium des regelmäßig im Herbst erscheinenden Berichtes des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins über «Handel und Industrie der Schweiz» empfohlen; diesmal befaßt er sich in gewohnt erschöpfer Form mit dem Jahre 1961. Er wird von «Finanz und Wirtschaft» («FuW») am 22. 12., von der «Schweizerischen Gewerbe-Zeitung» am 5. und der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» («SAZ») am 10. 1. kommentiert. Beziiglich der wirtschaftlichen Entwicklung gestern und morgen sind insbesondere die «Wochenberichte» des Zürcher Bankhauses Julius Bär vom 13., 20. und namentlich vom 27. 12. («Politischer Rückblick auf 1962»), der «Economic Outlook for 1963» im «Economist» vom 29. 12., die «Prognosen und Ratschläge» aus der Feder des bekannten alt Geschäftsführers der Handelskammer Deutschland-Schweiz, Dr. v. Napolski, in deren Monatsorgan vom Dez. und die von der Schweizerischen Bankgesellschaft und der Schweizerischen Kreditanstalt herausgegebenen Broschüren aufschlußreich. Auch die «SAZ» wartet am 3. 1. mit «Rückblick und Ausblick» von E. Hugentobler auf. «Daten zum Wirtschaftsjahr 1962» sind schließlich eine wertvolle Bereicherung der «SAZ» vom 21. 2.

Internationale Wirtschaftsprobleme

Das Drama, das die EWG am 29. 1. in Brüssel betroffen hat und dessen Folgen sind in der Wirtschaftspresse der Berichtszeit das beherrschende Thema; ihm gegenüber verlieren alle sonstigen Betrachtungen zur Euro-

päischen Integration an Aktualität. So einig sich die Zeitschriften in der Verurteilung Frankreichs als des rücksichtslosen Anstifters des europäischen Unglücks auch sind, so unsicher erscheinen sie (wie übrigens auch die westlichen Regierungen selbst) in ihrer Voraussage der weiteren Entwicklung. Natürlich ist es der «Economist», der leidenschaftliche Parteigänger eines britischen Anschlusses an den Gemeinsamen Markt, der sich über das Brüsseler Debakel besonders betrübt zeigt. Am 2. 2. trägt seine Ausgabe die charakteristische Überschrift: «Was nun?»; am 9. 2. gibt er seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Mehrzahl der westlichen Staaten von Großbritannien einen Aktionsplan erwartet. Daß England trotz des Rückschlages «den Mut nicht sinken läßt», imponeert der Wiener «Industrie» am 8. 2. In der «NZZ», Nr. 30 vom 31. 1., findet man einen fesselnden Artikel von Prof. Dr. W. Röpke: «Fruchtbarmachung des Veto de Gaulles.» Unabhängig von der akuten Krise um die EWG bietet eine Broschüre der Schweizerischen Kreditanstalt durch Veröffentlichung von Ausführungen des Oberhausmitgliedes Lord Balniel und des belgischen Barons Snoy et d'Oppuers gute Informationsmöglichkeiten über die Tragweite des britischen Antrags auf Eintritt in den Gemeinsamen Markt.— Die *OECD*, die ebenso wie das GATT auf der allgemeinen Suche nach Ersatz sich anschickt, für die angeschlagene EWG an Einfluß zu gewinnen, hat vor kurzem eine Konvention über den internationalen Investitionsschutz verabschiedet; mit dieser Vereinbarung beschäftigt sich Dr. Rolf Bär in Nr. 1 der «NZZ» vom 1. 1. — Das recht gegenwartsnahe Thema: «Das GATT und die europäische Landwirtschaft» wird im «Economist» am 15. 12. kritisch beleuchtet. Wieder ist es dieses englische Wochenblatt, das am 16. 2. die Aufmerksamkeit auf «die Lücke im GATT» lenkt; es läßt sich bisher nur multilateral, nicht aber auf regionale Abkommen anwenden. — In das Gebiet der *Konjunkturpolitik* greift der «Wochenbericht» von Bär am 17. 1. mit einem

Artikel ein, der die «Deflationsgefahr» für die Zukunft nicht als unmöglich bezeichnet. — In der «Außenwirtschaft» vom Dez. legt das Direktionsmitglied der Nationalbank Dr. Max Iklé die Grundlinien für eine «Währungspolitik in der Konvertibilität» fest; die Frankfurter «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» («Kreditwesen») wird am 1. 1. von Dr. Frh. v. Falkenhausen zur Kennzeichnung der «Probleme einer Europäischen Währungspolitik» und am 1. 2. von Dr. Hermann F. Geiler zum Kriterium des «Leasing — der neuen Formen einer Industriefinanzierung» verwendet. Bei der Wahl zwischen «festen oder flexiblen Wechselkursen» spricht sich George N. Halm von der Fletcher School of Law and Diplomacy zu Medford (Mass.) in Fasz. I des «Kyklos» von 1963 für bewegliche aus. Was «eine Wandelobligation» ist, beantworten die «Splitter» der Schweizerischen Volksbank im Febr. — Auf die «Zeitkrankheit: Weil mir so fad ist» als Folge einer mißverstandenen *Sozialpolitik*, macht die Wiener «Industrie» am 11. 1. mit allem Nachdruck aufmerksam. — Die Schattenseiten der heutigen *Entwicklungshilfe* treten neuerdings in der Wirtschaftspresse wieder mehr hervor. So schreibt die eben zitierte «Industrie» am 14. 12. einen Beitrag: «Kongo-Entwicklung im Rückwärtsgang» den «Entwicklungsfanatikern» ins Stammbuch; und in der Hamburger «Zeit» stehen am 25. 1. Darlegungen von Eugene B. Black mit der Überschrift: «Hilfe muß nicht Verschwendungen sein.» Der «Wochenbericht» von Bär betitelt am 14. 2. «die Entwicklungshilfe einen Edelstein im Umschliff». — Im übrigen wollen wir noch auf die folgenden instruktiven Niederschriften hinweisen: Ob «wir Europäer über unsere Verhältnisse leben», erforscht der Hamburger «Wirtschaftsdienst» im Dez., und im gleichen Monat widmet die «Agrarpolitische Revue» ein Sonderheft der CEA, dem Verband der europäischen Landwirtschaft. Ebenfalls im Dez. verbreitet sich in «Wirtschaftsdienst-Betriebsführung» unter «Strukturimpulsen auf die Weltkonjunktur» der Düsseldorfer Wirtschaftsjournalist Dr. Herbert Groß über das Thema des «Welthandels als Trägers der Prosperität».

Aus der Schweizer Wirtschaft und von ihren Problemen

In konjunktureller und struktureller Beziehung veröffentlicht «FuW» vom 29. 12. an leitender Stelle Stimmen zur schweizerischen Konjunkturlage unter dem Motto: «Berechtigter Pessimismus oder Schwarzmalerei?» Im Gegensatz zu diesen etwas dunkel gefärbten Betrachtungen bezeichnet Nationalrat Dr. Häberlin in der von ihm redigierten «Werkzeitung der schweizerischen Industrie», Nr. 12, die von der Wirtschaft unternommenen Anstrengungen zur Dämpfung der Konjunktur als «einen guten Anfang». Die «SHZ» nennt am 10. 1. die dem Bundesrat eingeraumten «konjunkturpolitischen Kompetenzen» ausreichend. Als willkommene Beilage zum Februarheft der amtlichen «Volkswirtschaft» erscheint die Mitteilung Nr. 157 der Kommission für Konjunkturbeobachtung, betreffend «die Wirtschaftslage im 4. Quartal 1962». Schließlich führt der «Wochenbericht» von Bär am 21. 2. aus, um was es in der «Konjunkturpolitik» geht. — Auf dem Gebiete des *Außenhandels* wird in der «SHZ» vom 6. 12. hervorgehoben, daß das neuerdings lebhaft erörterte Wertzollsystem als außenwirtschaftliches Problem auf die Schweiz zurollt. In den «Wirtschaftswinken» vom Jan. enthält «die Seite des Beraters» eine Charakterisierung der Grundbedingungen für die «Export-Organisation heute». «FuW» vom 30. und die «SHZ» vom 31. 1. bezeichnen den «Rekord-Fehlbeitrag der Schweizer Handelsbilanz für 1962» als besorgniserregendes Symptom. Auf die für die Konjunkturpolitik wichtige Frage, ob «der Import- und Exportboom am Ende» ist, geht der Leitartikel der «SHZ» am 7. 2. ein. — Eine beachtliche Schilderung der «soziologischen und psychologischen Wandlungen in der Arbeiter- und Angestelltenchaft» liefert der Redaktor der «NZZ», Dr. Kurt Müller, als Nr. 11/12 der «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» der Wirtschaftsförderung. Es ist anregend, in der amtlichen «Volkswirtschaft» vom Jan. die Angaben über «die Entwicklung des Arbeitsmarktes 1962» auf sich wirken zu lassen. In seiner «Werkzeitung» vom Jan. begrüßt Dr. Hä-

berlin den Kompromiß von Lugano in der Arbeitszeitfrage. — «Die Lage am *Geld- und Kapitalmarkt*» bildet den Gegenstand eines Beitrages von Dr. John R. Lademann in der «SAZ» vom 6. 12. «Künftige Doppelbesteuerungsverhandlungen der Schweiz» werden von Dr. Th. Faist (Bern) in der «Steuer-Revue», Nr. 12, umrissen. Auf die wachsende Verflechtung «des schweizerisch-deutschen Kapitalmarktes» und seine Entwicklung im Jahre 1962 deutet die Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» in ihrer Nr. 1 hin. Über die «Geldversteuerung in der Schweiz» wird der Frankfurter «Volkswirt» am 15. 2. durch J. F. Kövér aufgeklärt. Die «Wirtschafts-Notizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft bemängeln im Febr. die «konfiskatorische Kurswertbesteuerung von Aktien». — *Schließlich* können auf weiteren Stoffgebieten noch die folgenden Arbeiten aufgeschlossene Leser erwarten: Mit dem «schweizerischen Volkseinkommen 1961» befaßt sich die «SAZ» am 13. 12. In Nr. 4/1962 der «Revue Economique Franco-Suisse» wird anschließend an ein Geleitwort von Botschafter Edwin Stopper die Situation der schweizerischen Industrie und ihrer einzelnen Zweige im heutigen Europa behandelt. Dr. H. Rudin schreibt in der «SAZ» vom 10. 1. über «Lohn, Leistung und Zufriedenheit». Im gleichen Presseorgan ist am 17. 1. eine chronologische Übersicht über «die EFTA und die europäische Integration» recht zeitgemäß. Der «Wochenbericht» von Bär bezieht sich am 31. 1. auf «soziale und wirtschaftliche Sicherheit». Die «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen», Nr. 1, veröffentlichen eine ausführliche Arbeit von Dr. J. Egli über «Europäische Integration und schweizerische chemische Industrie». Wie früher so brachte auch in der Berichtsperiode das «Archiv für schweizerische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik» einen erschöpfenden Rundblick auf die ökonomischen Vorgänge in der Schweiz.

Notizen aus Gebieten politischen und wirtschaftlichen Interesses für die Schweiz

1. *Aus Europa: Belgien* wird in der «Wirtschaftsrevue» vom Febr. als «Europas kran-

ker Mann» apostrophiert. «Die Wirtschaftslage in den Benelux-Ländern» ist das Objekt einer Auskunft, die der «NZZ» in Nr. 50 vom 20. 2. durch ihren Brüsseler Korrespondenten erstattet worden ist. — In «FuW», ebenfalls vom 20. 2., wird die *deutsche* Wirtschaft als «im Schatten des Kostenauftriebs» befindlich geschildert. — Prof. Paul Alpert von der New Yorker Universität, ein amerikanischer Kenner europäischer Wirtschaftsfragen, beschreibt im «Challenge» vom Dez. den bemerkenswerten Aufschwung der *französischen* Industrie. Über «Sozialdemagogie in Frankreich» berichtet Alfred Frisch am 5. 2. im deutschen «Arbeitgeber». — Der «Vierteljahresbericht», Nr. 4/1962, der Skandinaviska Banken veröffentlicht einen Artikel von Richard Bailey: «Politische und wirtschaftliche Planung in Großbritannien.» Die «SHZ» schildert in ihrer Außenhandelsbeilage am 24. 1. mit Fürsprech Hans Bühler als Autor «die Entwicklung der britischen Handelsbeziehungen» zur Schweiz. Daß «Englands Europa-handel ständig steigt», betont M. H. Fisher in der Wiener «Industrie» vom 25. 1. Dr. Herbert Schneider prüft im deutschen «Arbeitgeber» am 20. 2., ob das «Commonwealth Vorteil oder Last für Großbritanniens Wirtschaft» sei und neigt eher zu letzterem. — Dr. Livio Magnani zieht in der «SAZ» vom 31. 1. eine «Bilanz der *italienischen* Wirtschaft im Jahre 1962». Der «Wirtschaftsbericht» der Bayerischen Staatsbank entwirft Mitte Febr. ein Bild der ökonomischen und sozialen Zustände in Italien. — Aus dem Bereich der *nordischen Staaten* bezeichnet Dr. Axel v. Gadolin, der zu den Mitarbeitern der «Schweizer Monatshefte» gehört, im Hamburger «Wirtschaftsdienst», Nr. 1, die charakteristischen Züge «der neuen schweren Mark in Finnland». «FuW» enthält am 26. 1. eine Meldung, wonach «Schweden Steuerflucht in die Schweiz verhindern will». Von der «Aktivierung der schwedischen Konjunkturpolitik» berichtet der Stockholmer Korrespondent der Wiener «Industrie» seinem Blatt am 1. 2. — Die «Informationen aus Österreich» sind auch im letzten Quartal wieder ein verwendbares Nachschlagewerk für wirtschaftliche Bege-

benheiten in dem befreundeten Nachbarland gewesen.

2. *Aus der übrigen Welt*: Die «NZZ», Nr. 348 vom 20. 12., reproduziert einen New Yorker Vortrag des Präsidenten der Inter-amerikanischen Entwicklungsbank, Herreras, über «die Wirtschaftsentwicklung Latein-amerikas». — Die Schweizer Uhrenindustrie und die *asiatischen* Märkte werden in ihren Beziehungen miteinander von «La Suisse Horlogère» am 24. 2. erörtert.

Schwierigkeiten, die dem Export der Schweizer Uhr nach *Argentinien* dessen ernste Lage bereitet, vermerkt «La Suisse Horlogère» am 20. 12. mit Besorgnis. — Trotz der obwaltenden wirtschaftlichen Revolution und politischen Unbeständigkeit erscheint Prof. George L. Blanksten von der Northwest-universität (USA) *Brasilien* als verheißungsvollstes Land der westlichen Hemisphäre; so äußert er sich im «Challenge» vom Jan. — Über «die Wirtschaft *Indiens* und ihre Probleme» unterrichtet «FuW» am 8. 12. — Ihrer Bewunderung für «Japans Aufstieg zur Wirtschaftsmacht des Fernen Ostens» verleiht die «NZZ» am 16. 12. in Nr. 344 Ausdruck.

Wirtschaftsinformationen über die USA

Die künftige Entfaltung der *Konjunktur* in den USA wird in einer Meldung aus Washington: «Rezession nicht mehr aktuell» in «FuW» vom 19. 12. positiv eingeschätzt.

— Mit der nicht ungünstigen Lage der Schweizer Uhrenindustrie in dem gegen sie angestrengten Anti-Trust-Prozeß der USA befassen sich «La Suisse Horlogère» am 27. 12. und die «SHZ» am 4. 1. — Der «Economist» hebt am 26. 1. hervor: Kennedys wirtschaftliche Prognose im neuen Jahre sei vorsichtig, aber seine Anregung einer Steuerermäßigung erscheine dazu angetan, die USA 1964 auf den Gipfel der Vollbeschäftigung zu bringen. — Schließlich setzt in den Frankfurter «Monatsblättern für freiheitliche Wirtschaftspolitik» vom Jan. und Febr. Prof. Dr. Melchior Palyi die Serie seiner Artikel über die industrielle Konzentration in den Staaten fort. «La Suisse Horlo-

gère» widmet ihre Ausgabe vom 10. 1. der nordamerikanischen Uhrenindustrie. Die «Schweizerische Versicherungs-Zeitschrift» analysiert im Jan. «die Kosten der Auto-unfälle in den USA», und der «Wochenbericht» von Bär ist am 7. 2. betitelt: «Ideologie und Wirklichkeit in der amerikanischen Wirtschaft.»

Wirtschaft im Sowjetblock

In seiner Bücherrubrik rezensiert der «Economist» am 15. 12. zustimmend ein bei Blackwell erschienenes Werk von Prof. P. J. D. Wiles: «Die politische Ökonomie des Kommunismus.» Über den Abschluß am 20. 12. und über die wirtschaftlichen Ergebnisse der Bukarester 17. Comecon-Tagung setzt die «NZZ» am 24. (Nr. 352) und 28. 12. (Nr. 355) ihre Leser ins Bild. In «Wirtschaftsdienst — Betriebsführung» vom Jan. findet sich wieder ein Beitrag von Anatol J. Michailowsky: «Weltkommunismus als wirtschaftlicher Gegenspieler». Im deutschen «Volkswirt» werden am 22. 2. Betrachtungen über den «Comecon im Umbruch» angestellt. — Die «NZZ», Nr. 17 vom 18. 1., geht bemerkenswerterweise ein auf «den sowjetischen Außenhandel mit den Industriestaaten im Jahre 1961»; nur die folgenden Ziffern sollen als prägnant aus dieser Übersicht wiedergegeben werden (in Millionen Rubel):

Jahr	1960	1961
Gesamteinfuhr	5066,1	5249,1
Gesamtausfuhr	5005,5	5398,4
Einfuhr aus der EWG	416,3	412,8
Ausfuhr nach der EWG	336,1	368,1
Einfuhr aus der EFTA	254,8	258,5
Ausfuhr nach der EFTA	310,8	334,3

Eine der wenigen zuverlässigen Fundgruben für ökonomische Geschehnisse im Sowjetblock, die Zeitschrift «Osteuropa, Wirtschaft», bringt im Dez. einen Artikel: «Wirtschaftliche Probleme Bulgariens» mit reichem, statistischem Material.

Sonstiges

Die (Monats-)«Zeitung für kommunale Wirtschaft» als angesehene Informationsquelle für Interessenten am Leben in den Gemeinden, gruppiert ihren Stoff im Dez. um die Wasserwirtschaft, im Jan. um die Gas- und im Febr. um die Versorgung mit elektrischem Strom. Erfreulicherweise gibt die «Schweizerische Gewerbe-Zeitung» am 2. 2. ein Referat über «Umfang, Bedeutung und

Entwicklungstendenzen der Dienstleistungsgewerbe» wieder, das Prof. Dr. A. Gutssohn am 21. 1. in Bern erstattet hat. Das Ansteigen des Energiebedarfes als «Auswirkung der sibirischen Kälte» macht «FuW» am 2. 2. Sorge. Im «Schweizer Arbeiter» vom 17. 1. kennzeichnet Prof. Röpke die «Vorteile liberaler Wirtschaftspolitik».

(Abgeschlossen anfangs März 1963.)

Hans Posse

Hoffnung und Furcht gehören gleicherweise zum Dasein, weil im Dasein, was kommen wird, ungewiss ist. Fällt der Zweifel weg, so bedeutet Sicherheit entweder für die Hoffnung den Übermut, oder für die Furcht die Verzweiflung. In beiden Fällen ist die Offenheit für das Mögliche erloschen, das eigentlich menschliche Leben, sei es im Übermut, sei es in Verzweiflung, gelähmt. So lange der Zweifel ist, ist keine Hoffnung ohne Furcht und keine Furcht ohne Hoffnung.

Karl Jaspers in MERKUR Nr. 181, März 1963